

Delfer Kreisblatt

Das Kreisblatt erscheint Dienstag und Freitag und kann nur mit der „Lokomotive“ zusammen bezogen werden; dieselbe kostet für das Vierteljahr bei der Post 3,30 M.



Inserate werden bis Montag früh Donnerstag mittags in der Geschäftsstelle angenommen. — Preis für die 4gespaltene Petitzeile 20 Pf.; für außerhalb des Kreises Dels Wohnende 25 Pf., zuzügl. 10% Teuerungszuschlag

Redakteur: Max Politt

Druck und Verlag A. Ludwigs Buchdruckerei Nothe, Politt & Co. in Dels.

Nr. 58.

Dels, den 22. Juli 1919.

57. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Dels, den 21. Juli 1919.

Betrifft Futtermittel zur Kälberaufzucht.

Zum Zwecke der Förderung der Kälberaufzucht werden dem Kreise von der Provinzial-Futtermittel-Verteilungsstelle 200 Zentner Sonnenblumenfuchenschrot zugewiesen, welche zum Preise von etwa 20 Mark je Zentner durch die Große Mühle hiersebst zur Ausgabe gelangen sollen.

Bedarfsanmeldungen sind unter Angabe der Kälberzahl bis zum 26. d. Mts. einzusenden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Dels, den 19. Juli 1919.

Beschaffung von Frühkartoffeln.

Wie im Vorjahre dürfen Kreisbewohner, die in Bedarfsgemeinden (4 Städte, Sacrau, Sibyllenord) wohnen, ihren Bedarf an Frühkartoffeln für die Zeit vom 20. Juli bis 13. September gegen Hergabe der von der Ortsbehörde zu verabsagenden Kartoffelmarten direkt beim Erzeuger kaufen. Ein solcher Verkauf darf auch auf Wochenmärkten erfolgen.

Kreis-Kartoffel-Stelle.

Dels, den 19. Juli 1919.

Bewirtschaftung von Frühkartoffeln.

Die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln aus der Ernte 1919 erfolgt auf den Grundlagen der Verordnung über Kartoffeln vom 2. September 1918 (R. G. Bl. S. 1095), die mit Ausnahme der §§ 1 bis 3 unter Berücksichtigung der Änderungen in der Verordnung vom 30. Oktober 1918 (R. G. Bl. S. 1281) auch für Frühkartoffeln aus der Ernte 1919 Geltung hat.

Es wird beabsichtigt, die Ration von 7 Pfund pro Kopf und Woche nach Möglichkeit beizubehalten.

Der Höchstpreis für Frühkartoffeln ist vorläufig vom 20. Juli ab auf 12 Mark pro Zentner festgesetzt. Weitere Preisfestsetzungen werden in nächster Zeit mitgeteilt werden. Die Kleinhandelshöchstpreise werden noch bekanntgegeben werden.

Die Versorgung der Bevölkerung des Kreises mit Frühkartoffeln ist durch die Ortsbehörden zu regeln.

Im vergangenen Jahre ist wiederholt bemerkt worden, daß Kartoffeln geerntet wurden, bevor dieselben ausgereift waren. Die Erntemenge wird hierdurch zum Schaden der Allgemeinheit herabgemindert. Durch vorzeitige Aberntung der Kartoffeln hat aber auch der Landwirt Schaden. Es liesere also jeder nur ausgereifte Kartoffeln. Die für die Abnahme der Frühkartoffeln bestellten Kommissionäre des Kreises werden nur gut ausgereifte Kartoffeln zum vollen Preise abnehmen.

Dels, den 17. Juli 1919.

Betrifft Einreichung der monatlichen Anzeigen über die erteilten Bezugsscheine.

Die Bezugsscheinausfertigungsstellen werden ersucht, die Anzeigen über die im Monat erteilten Bezugsscheine bis spätestens jeden 3. des kommenden Monats einzureichen.

Dels, den 18. Juli 1919.

Der Händler Paul Böhm aus Gundselsdorf ist berechtigt, in den Orten Gundselsdorf, Groß Weigelsdorf, Cunersdorf, Süßwinkel und Klein Dels Eier aufzukaufen.

Dels, den 19. Juli 1919.

Zur Ausstellung von Waffenscheinen ist die Reichswehr-Brigade 29 (Dels, Schloß) zuständig.

Dels, den 18. Juli 1919.

Die Wegestraße von Wildschütz nach Groß Weigelsdorf wird für den Wagenverkehr gesperrt.

Dels, den 17. Juli 1919.

Wohnungsbauten.

Der Herr Reichskommissar für das Wohnungswesen teilt folgendes mit:

Die außerordentliche Knappheit an Baustoffen, die nicht einmal die Fertigstellung der notwendigsten Klein- und Mittelwohnungen gestattet und aus Mangel an Kohlen in absehbarer Zeit auch nicht behoben werden kann, zwingt dazu, nach Möglichkeit sämtliche Baustoffe restlos der Erstellung derjenigen Wohnungen zuzuführen, die Ueberteuerungszuschüsse erhalten. Das sind an erster Stelle die Flachbauten, namentlich Ein- und Zweifamilien-Kleinhäuser und die dreigeschossigen Häuser mit Klein- und Mittelwohnungen. Die Beschränkung der Bautätigkeit auf diese Bauten ist auf Grund des § 10 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 ohne weiteres möglich, da dieser das Verbot aller nicht erforderlichen Bauten, namentlich der Luxusbauten, enthält. Insbesondere ist es nicht angängig, z. B. Lichtspieltheater und andere, lediglich Vergnügungszwecken dienende Baulichkeiten mit Material zu beliefern, ebensowenig aber auch Luxusvillen.

Breslau, den 4. Juli 1919.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes betreffend die Gebühren der Hebammen vom 10. Mai 1908 (G. S. S. 103) wird die für den Regierungsbezirk Breslau mit Ausnahme der Stadt Breslau erlassene Gebührenordnung vom 15. September 1908 (Amtsblatt Nr. 39, Seite 340-41) mit der Abänderung vom 21. Juni 1917 (Amtsblatt Nr. 26, S. 332) hinsichtlich der Gebührensätze wie folgt festgesetzt:

- § 4 Nr. 1: Statt 5—20 M bzw. 6—25 M Erhöhung auf 9—30 M, für jede folgende Stunde statt 0,50—1 M Erhöhung auf 1—2 M.
- § 4 Nr. 2: Statt 7,50—30 M bzw. 9—30 M Erhöhung auf 15—40 M.
- § 4 Nr. 3: Statt 3—12 M bzw. 4—15 M Erhöhung auf 6—15 M, für jede folgende Stunde statt 0,50—1 M Erhöhung auf 1—2 M.
- § 4 Nr. 4: Statt 0,50—1 M bzw. 0,75—1,50 M Erhöhung auf 1—2 M. Bei Nacht das Doppelte.
- § 4 Nr. 6: Statt 2—4 M Erhöhung auf 3—6 M für eine

Engmaske.

Wer beiraten will, bestelle
geg. Einl. von 30 Pf.
den **Schleffischen Beiratsan-**
zeiger in **Karlsruhe in Schillen.**

Helfferich über U-Boot-Krieg und Wilson-Politik.

Die Stellung des Kaisers!

Im Verlage von Ullstein erscheint in den nächsten Tagen ein neues Werk des Staatsministers a. D. Dr. Helfferich, und zwar der zweite Band seiner Darstellung des Weltkrieges: „Vom Ausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg“.

Helfferich führt bis zur entscheidenden Wendung im Jahre 1917 die Darstellung des Verlaufes des Krieges fort, berichtet in ununterbrochenem Zusammenhange über die Vorgänge in der Regierung und im Parlament und bietet ein reiches Material über die schweren Krisen der zweiten Hälfte des Krieges. Die Vorgänge bei Eröffnung des U-Boot-Krieges im Jahre 1917 schildert Helfferich sehr anschaulich und führt namentlich aus — was an sich ja keine Überraschung ist —, daß die letzte Zustimmung von Kaiser und Kanzler beiden sehr schwer geworden ist. Helfferich berichtet u. a. über folgenden charakteristischen Vorfall (Seite 303):

Ich war am Abend des 25. November 1914 in Charleville zur kaiserlichen Tafel befohlen. Der Kaiser brachte die Nachricht mit, daß sich der Untergang des auf eine deutsche Mine gelaufenen britischen Ueberbordschiffes „Audacious“ bestätigte. Bei Tisch bemerkte ein hoher Marineoffizier — nicht der Admiral v. Tirpitz —, um ein Paar sei auch der englische Tiefenpassagierdampfer „Oceanic“ auf eine Mine gelaufen. Der Kaiser antwortete: „Gott sei Dank, daß es nicht dazu gekommen ist!“ Auf eine etwas erstaunte Geste des Admirals richtete sich der Kaiser hoch auf und sagte mit lauter Stimme: „Meine Herren, denken Sie immer daran: unser Schwert muß rein bleiben. Wir führen keinen Krieg gegen Frauen und Kinder. Wir wollen den Krieg anständig führen, einerlei, was die andern tun. Merken Sie sich das!“

Ermöglicht wurde dem Kanzler wie dem Kaiser die Zustimmung zu der Erklärung des U-Boot-Krieges in den Gewässern um England durch die Anweisung, daß neutrale Schiffe im Seekriegsgebiet gespart werden sollten. Man war sich klar darüber, daß die Wirkung des U-Boot-Krieges dadurch beeinträchtigt werde; aber aus Gründen der Humanität wie zur Vermeidung schwerer Konflikte mit den Neutralen hielt man diese Einschränkung für unerlässlich.

Helfferich erläutert von Seite 417 ab die Vorgänge Ende Januar 1917, kurz vor Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, und namentlich die angeblichen Wilsonschen Friedensvermittlungsvorläufe, die die Vereinigten Staaten vor Beginn unseres U-Boot-Krieges unternahmen wollten. Helfferich schreibt darüber folgendes:

Am Sonntag, den 28. Januar 1917, ließ mich der Kanzler noch abends gegen 10 Uhr zu sich bitten. Es war ein Telegramm des Grafen Bernstorff eingegangen, das nach meiner Erinnerung folgenden Inhalt hatte: Oberst House habe ihm im Auftrag des Präsidenten Wilson mitgeteilt, der Präsident gebe trotz der Ablehnung der Entente die Hoffnung nicht auf, den Frieden zustandzubringen, und sei bereit, seine Bemühungen nach dieser Richtung wieder aufzunehmen. Diese seine Bemühungen würden ihm wesentlich erleichtert werden, wenn wir uns bereit fänden, ihm unsere Friedensbedingungen mitzuteilen. Graf Bernstorff bat, unter diesen Umständen die ihm zur Uebergabe am 31. Januar bereits übermittelte Note, enthaltend die Ankündigung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, vorläufig einbehalten zu dürfen, und empfahl, dem Wunsche des Präsidenten Wilson nach Mitteilung der Friedensbedingungen zu entsprechen.

Der Kanzler, der hier noch einmal die Hoffnung aufleuchten ließ, es könne der Krieg mit Amerika vermieden und vielleicht sogar der Friede erreicht werden, war in einer Erregung, wie ich sie nicht an ihm gesehen habe. Er war entschlossen, Wilson durch Bernstorff in großen Umrissen die Friedensbedingungen mitzuteilen, die wir für den Fall des Zustandekommens der von uns vorgeschlagenen Friedensverhandlungen als unseren Vorschlag mitbringen wollten. Schwierig lag die von Bernstorff erbetene Einbehaltung der U-Boot-Note; denn die U-Boote waren längst nach ihren Stationen, die zum Teil weit im Westen Irlands lagen, unterwegs und wahrscheinlich nicht zu erreichen.

Der Kanzler entschloß sich, noch am gleichen Abend mit dem Staatssekretär Hammermann nach dem Großen Hauptquartier zu reisen.

Dort wurde ein Antworttelegramm an den Grafen Bernstorff vereinbart, des Inhalts, daß wir die neue Initiative der Präsidenten auf das freundlichste begrüßten und den Vorschlag erteilten, dem Präsidenten die Wünsche unserer Friedens-

bedingungen, wie sie bei unserem Friedensvorschlag vom 12. Dezember 1916 ins Auge gefaßt waren, zu seiner persönlichen Information mitzuteilen. Dies sollte gleichzeitig mit der Uebergabe der U-Boot-Note geschehen. Die Zurückhaltung der letzteren sei unmöglich, da die Boote mit den Befehlen sich bereits auf ihren Stationen befänden und für einen Gegenbefehl größtenteils nicht erreichbar seien. Wir seien jedoch bereit, den neuen U-Boot-Krieg alsbald einzustellen, wenn es den Bemühungen des Präsidenten gelingen sein würde, eine Erfolg versprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern.

Das Telegramm an den Grafen Bernstorff ist am 31. Januar 1917, unmittelbar nach Ueberreichung der U-Boot-Note an Herrn Gerard, den Mitgliedern des Hauptausschusses des Reichstags in geheimer Sitzung mitgeteilt worden. Auch die Mehrheitssozialdemokraten erkannten es als einen Versuch an, die Vereinigten Staaten dem Kriege fernzuhalten und dem Weg zum Frieden offen zu halten. Die Grundlinien unseres Friedensprogramms gaben wegen ihrer Bescheidenheit Anlaß zur Kritik. Die Sprecher der beiden konservativen Parteien, der Nationalliberalen und des Zentrums, wenn ich mich recht erinnere, auch der Freisinnigen, sprachen den Wunsch aus, der Kanzler möge sich, wenn es nun doch zu Friedensverhandlungen kommen sollte, nicht an dieses Programm für gebunden halten.

Es kam nicht zu Friedensverhandlungen, sondern sofort nach Ueberreichung der Note zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich und einige Wochen später zur Kriegserklärung.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 19. Juli.

In der heutigen Sitzung ergriff nach Beantwortung verschiedener kleiner Anfragen seitens der Regierung Eisenbahnminister Dejer das Wort und besprach die Denkschrift über die Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung. Die Denkschrift soll der Landesversammlung Gelegenheit geben, an der Neuregelung der Löhne beschlußfassend teilzunehmen. Die Denkschrift befürwortet nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Beamten Anspruch auf einen Ausgleich, zu dem etwa 450 bis 480 Millionen jährlich erforderlich seien. Die Landesversammlung soll sich schlüssig werden, ob derartige Beträge zurzeit der Finanzlage Preußens entsprechen. Die Senkung der Lebensmittelpreise sei bereits zu spüren und vor allem im Westen deutlich erkennbar. Dieser Umstand muß bei der Neuregelung der Löhne mitbestimmend sein. Die Finanzlage verschlechterte sich dauernd, und man wisse noch nicht, ob Staatsbahn und industrielle Unternehmen, besonders die Gaswerke, mit Kohlen versehen werden können. Wenn weiter gestreift werde, stehe uns ein Winter furchtbarster Art bevor.

Der Sozialdemokrat Schubert, der Sekretär des Eisenbahnerverbandes ist, verlangt die Einrichtung eines Lohnrates, hebt die Notwendigkeit neuer Tarifverträge hervor und fordert einen Ausgleich in der Ortsklasseneinteilung der Löhne.

Abg. Baller (Dnt.): Die Folgen des Schiedsspruches vom 16. Juli, durch den der Reichsarbeitsminister den ostpreussischen Eisenbahnarbeitern zum Ausgleich der bei der Einstufung der Dienstorte so bedeutende Lohnrückstände zugesprochen hat, können für die gesamte Staatsbahnverwaltung nicht schwarz genug gehalten werden. Sie sind ganz ungeheuerlich.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.): Mit geringeren Mitteln könnte man den Wünschen und Forderungen der Eisenbahnarbeiter entsprechen. Man brauche ihnen nur das Mitbestimmungsrecht zu geben.

Der Antrag Dr. Geh (Ztr.) über die Forderung des Volkshochschulwesens gelangt ohne Debatte zur Annahme.

In zweiter und dritter Beratung wird der Bescheidnachtrag über Ermächtigung des Justizministers zu Maßnahmen anlässlich der Besetzung von Landesteilen unter Ausübung des Friedensvertrages ohne Diskussion nach den Vorschlägen des Reichsausschusses angenommen.

Darauf setzt das Haus die Aussprache zum

Schluss des Ministeriums des Innern

fort.

Abg. Cassel (Dem.): Der Kollege Seid hat lebhaftes Mitleid geführt über die vielen blutigen Opfer, welche die Niederschlagung der Aufstände gefordert hat. Wir alle bedauern das vergossene Blut. Herr Seid hat aber nur für die Opfer auf der einen Seite, nicht aber für diejenigen einer andern, welche notgedrungen in der Abwehr aufzutreten hatten, und in der Verteidigung der Ruhe und Ordnung Leben und Gesundheit haben einbüßen müssen. Gewiss ist eine Regierung keine Unmenschlichkeit, aber wie denkt Herr Seid

Die Regierung in Preußen. Eine Regierung kann sich doch, da keine Partei allein die Mehrheit hat, nur auf mehrere Parteien stützen. (Sehr richtig! Lids.)

Abg. Regenborn (Dnl.) fordert eine Vermehrung der Zahl der Polizeigänge. Wir müssen unser Volk wieder ehrlich machen durch Abschaffung der Zwangswirtschaft und durch Wiedereinführung des freien Handels.

Abg. Richterstein (U. S.) wendet sich gegen die Mehrheitssozialisten. (Vizepräsident Rries macht den Redner, nachdem er eine Stunde gesprochen hat, darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei. (Lärm der U. S.)

Vizepräsident Rries läßt darüber abstimmen, ob entsprechend den Beschlüssen des Hauses Abg. Richterstein nunmehr gezwungen sei, die Rednertribüne zu verlassen. Das wird gegen die Stimmen der U. S. beschlossen. Diese antworten darauf, während Abg. Richterstein die Tribüne verläßt, mit großem Lärm und Schimpfworten, so daß der Abg. Adolf Hoffmann zweimal und Abg. Klausner einmal zur Ordnung gerufen werden müssen.

Abg. Molkenhauer (D. Wt.) erörtert darauf die unhaltbaren Zustände des Sicherheitsdienstes in Frankfurt a. M. Die Abstimmungen über die zahlreich vorliegenden Anträge der Parteien werden ausgesetzt.

Der Etat wird bewilligt.

Nächste Sitzung spätestens am 16. September

Vermischtes

□ **Der Doppelmord in Alt-Rech** aufgefklärt. Eine schwere Missetat wurde vor acht Tagen in Alt-Rech bei Wriezen verübt. Am 8. d. Mts. wurde die bejahrte Frau Regenburg und ihre Schwester Auguste Hoffstedt mit Stricken erdrosselt. Die Ermittlungen am Tatort ergaben bald, daß die Mörder Berliner Einbrecher waren, die wieder nach Berlin zurückgefahren waren. Es gelang zunächst zwei und Donnerstagabend auch den dritten Verbrecher dingfest zu machen. Es sind dies Burtschen im Alter von 20 bis 23 Jahren, der Former Fritz Götz, der Arbeiter Walter Fugo und der Köpfer Walter Specht. Sie gaben den Doppelmord bei ihrer Vernehmung zu.

□ **Ein Gelehrter in Budapest erschossen.** Bei dem letzten Putsch der Rotgardisten in Budapest schwenkte der auf dem Gebiete der Kinderheilkunde berühmte Professor Dr. Nikolaus Behrens aus Freude über das vermeintliche Mißlingen dieses Putches sein Taschentuch. Rotgardisten erschossen ihn darauf sofort.

□ **So sieht es in der Heimat aus!** Bei einem aus China heimkehrenden Trupp deutscher Zivilgefangener wurde, nach einer Meldung des „Sam. Febl.“ aus Halle auf dem Bahnhof in Halle festgestellt, daß, während auf ihrer viele tausend Kilometer langen Reise zu Lande und zu Wasser im Feindesland die Gepäckstücke unberührt geblieben waren, fünf Frauen und vier Männern sämtliche Reiseförbe und Koffer auf der Fahrt von Wesel nach Halle ausgeplündert waren.

□ **„Es lebe Frankreich!“ — drei Tage Fast.** Eine recht unerwartete Antwort hat der türkische Ingenieur und Kaufmann Saito Bey de Semo auf einen Zursch erhalten. Semo, der während des Krieges in Deutschland gelebt und hier durch zahlreiche Vorträge bekannt geworden ist, hatte gegen zwei Kaufleute, mit denen er geschäftliche Differenzen in Höhe von anderthalb Millionen Mark hatte, einen Kiesenprozeß angestrengt, der aber noch in der Schwebe ist. Semo erschien vor dem Landgericht I, Berlin, um dort gegen ein Versäumnisurteil zu protestieren. Als dem Türken, der alle seine pekuniären Forderungen dem französischen Staat übergeben hat, von dem Gerichtsvorsitzenden bedeutet wurde, daß man mit ihm nicht verhandeln könne, verließ Semo das Zimmer mit den Worten: „Auf Wiedersehen, meine Herren, es lebe Frankreich!“ Das Gericht ließ diese Aeußerung nicht ungerügt, sondern verurteilte den Türken zu drei Tagen Fast.

□ **Eine traurige Ueberraschung** erlebte eine Frau aus der Moanderstraße in Berlin, als sie in der Nacht von einer Hochzeitsfeier zurückkehrte. Während sie sich auf der Treppe vergnügte, gebar ihre unverheiratete Tochter, die allein zurückgeblieben war, ein Mädchen. In der Verzweiflung durchschnitt die junge Mutter dem Kinde die Kehle und öffnete sich selbst die Pulsadern. Als die Mutter von der Hochzeitsfeier heimkehrte, fand sie Tochter und Entkelkind in einer großen Blutlache bestinnungslos auf. Die Tochter gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Das Kind war tot.

□ **Lebensmittelpreise in Budapest.** Nach einer Meldung des „Hamburger Fremdenblatt“ aus Bern gab ein aus Ungarn zurückgekehrter Schweizer in der „Neuen Zürcher Zeitung“

Erklärungen über die Zustände, nach denen die Preise für Lebensmittel eine erschreckende Höhe erreicht haben. Eine Gans kostete 1200 Kronen, ein Fuh 340 Kronen, ein Ei, das vor 14 Tagen für 2 Kronen erhältlich war, kostet jetzt 5 Kronen; eine Milchziege, die vor zwei Monaten für 1800 Kronen käuflich gewesen ist, wird heute, wie der Schreiber als Zeuge versichert, für 3500 Kronen an den Mann gebracht. Die Händler nehmen jetzt das blaue Geld nicht mehr an. Papiergeld wird in das Uferlose gedruckt und gefälscht. Druckfehler auf Falsifikationen machen der Regierung nichts aus.

□ **Ein Banknoten-Schwindler.** In München wurde der berufslos 25jährige Artur Konrad verhaftet, der am 19. Juni in Pforzheim einem Edelsteinhändler 900 000 Mark in Fünzigmark-Reichsbanknoten abgeschwindelt hatte.

□ **Ein Opfer der Zeit.** Justizrat Adolf Weizler, ein bekannter Rechtsanwalt in Halle, hat sich dort erschossen. Er bestimmte als Inschrift für seinen Grabstein die Worte: „Er wollte die Schmach seines Volkes nicht überleben“.

□ **Diebstahl von Juwelen im Werte von über einer Million Mark.** Der auf den Thypfenschen Werken in Mühlheim beschäftigte Arbeiter Neuhaus stahl aus einem Eisenbahnzuge zwischen Mühlheim und Essen mehrere Postfäde aus dem Postwagen und warf sie aus dem fahrenden Zuge. Dann sprang er selbst nach. In den Postfäden befanden sich Juwelen im Werte von mehr als einer Million Mark, die der Dieb an Juweliers in Duisburg, Mühlheim und Essen verkaufte. Der Täter wurde verhaftet. Ein kleiner Teil der gestohlenen Brillanten wurde in seinem Besitz noch vorgefunden. Ferner wurden zwei Helfershelfer verhaftet. Die gestohlenen Juwelen sind anscheinend aus Holland nach Deutschland geschmuggelt worden.

Gerichtssaal.

§ **Wegen sechsfachen Mordes** sechs mal zum Tode verurteilt wurde in Münster vom außerordentlichen Kriegsgericht der 19jährige Bergmann Josef Ritter, ein geborener Oesterreicher, aus Brambauer bei Dortmund. Ritter hatte, als er in Menge bei der befreundeten Familie des Marktentrollieurs Neumann übernachtete, mit einem Beil zunächst den 16jährigen Sohn Wilhelm erschlagen und ihn, als er noch Lebenszeichen gab, an der Türschwelle erhängt, an anderen Morgen Frau Neumann durch zwei Beilstöße getötet und den bald darauf heimkehrenden Mann der Frau durch einen Revolvererschuß niedergestreckt. Einem Dienstmädchen, das auf den Knall hin herkam, schlug er den Schädel ein. Dann ging er zu den oben schlafenden Kindern und erwürgte erst den 9jährigen Sohn Ernst und dann die 4jährige Tochter Elisabeth. Dann durchsuchte der Mörder sämtliche Schränke und stahl 25 Mark. Ritter hat die Mißdeedschlacht mitgemacht und will bei dem Rückzug eine schwere Erschütterung erlitten haben dadurch, daß eine Granate dicht neben ihm einschlug. Die Tat führt er auf einen Wutanfall zurück, weil sein Vater ihn aus dem Haus gewiesen habe. Der Angeklagte wurde wegen Raubmordes, sowie wegen sechsfachen Mordes sechs mal zum Tode verurteilt, unter Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

§ **Bestrafte Milchpantischer.** Wegen Milchverfälschung sind wieder einzelne Kuhhalter des Kreises Dillau mit Geldbußen bestraft worden, und zwar Heinrich Haupt in Chursangwitz mit 60 Mk., Emilie Schaeel in Konischwitz mit 30 Mk., Reinhold Rother in Nauern mit 160 Mk., Werner in Saulau mit 100 Mk., Hermann Weiß in Weigwitz mit 50 Mk. und Georg Vilge in Weigwitz mit 150 Mk.

Briefkasten.

□ **Ameisenplage.** Zur Vertilgung der Ameisen im Hause empfehlen wir Ihnen eine flache Schale mit Honig aufzustellen, dem Sie etwas Pese zusetzen. Mit ausgestreuten Petersilien und Kerbel kann man die Tiere auch vertreiben. Leer, Tran, Speisöl, Solanderblüten frisch getrocknet ist den Tieren ebenfalls zuwider und verziehen sich die Tiere danach bald.

§ **B. 1919 in H.** Verschönerung der Beklagte in der ersten Instanz die Unzuständigkeit des Gerichtes, so kann er in der zweiten Instanz gegen diesen Formfehler keinen Einspruch erheben. Der Einspruch wird ohne weiteres abgewiesen.

§ **B. in D. (Kreis Groß Wartenberg).** Der Umstand, daß Sie mit dem Jagdgewehr im Walde angetroffen wurden, macht Sie strafbar. Ein Jagdgewehr nimmt man nicht tote einen Spazierstock mit, um sich darauf zu stützen. Haben Sie auch in der Tat nichts geschossen, aber wie Sie sagen es lag nicht in der Absicht zu schießen, so hätten Sie ja auch kein Gewehr mitnehmen brauchen. Ihre Ausreden klingen sehr lächerlich und wird man Sie des Vergehens wegen mit einer Gefängnisstrafe bis drei Monaten bestrafen.

□ **Streitigkeiten in Bernstadt.** Der Herr Nachbar braucht sich nicht so sehr aufzuregen, denn Sie machen sich in keiner Weise strafbar, wenn Sie den Hund töten, um dadurch eine größere Gefahr zu verhüten, die dem Verlust des Tieres in einem Verhältnis steht. Von Schadenersatzpflicht kann keine Rede sein und können Sie mit Ruhe einer eventuellen Klage entgegensehen.